

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

33. Sitzung
15. April 2024

Beginn: 09.04 Uhr
Schluss: 11.59 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Florian Dörstelmann (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird durch Frau Senatorin Spranger (InnSport) vertreten. Ferner sind Herr Polizeivizepräsident Langner (Polizei Berlin) sowie Herr Kleist, ständiger Vertreter des Landesbranddirektors, anwesend.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton) und eine Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

Der Vorsitzende gestattet im Einvernehmen mit dem Ausschuss den Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 4 der Anordnung der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 17. März 2023 (Hausordnung).

Punkt 1 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Frau Senatorin Spranger (InnSport) beantwortet gemeinsam mit Herrn Polizeivizepräsident Langner (Polizei Berlin) und Herrn Redlich, ständiger Vertreter des Leiters des Landeskriminalamtes Berlin, folgende vorab schriftlich eingereichte Fragen. Diese lauten:

- „Wie bereiten sich die Sicherheitsbehörden auf den 1. Mai 2024 vor?“
(AfD-Fraktion)

- „Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Rahmen des sogenannten ‚Palästina-Kongresses‘ – vorläufige Bilanz.“
(Fraktion der CDU)
- „Mutmaßlicher Verrat von Dienstgeheimnissen: Gemäß dem Tagesspiegel-Artikel vom 10.04.2024 wurden zwischen 2021 und 2022 von einem Polizisten Daten aus Encrochat-Ermittlungen weitergegeben. Seit wann war dies der Behörde bekannt und welchen Umfang haben die Datenabflüsse?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- „Inwiefern teilt der Senat die Kritik an der erneuten Absage des MyFests durch das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg?“
(Fraktion der SPD)
- „Bundesweit 400 Polizist*innen unter Rechtsextremismusverdacht und Berlin kann keine Zahlen liefern. Was ist der Hintergrund?“
(Fraktion Die Linke)

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | |
|--|---|
| a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1490
Die Funktionsfähigkeit des Rettungsdienstes verstetigen – Drittes Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes | 0154
InnSichO(f)
GesPflieg* |
| b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1018
Personaloffensive für den Rettungsdienst starten: eine eigene Laufbahn für den Rettungsdienst | 0112
InnSichO
Haupt |
| c) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Erste Verordnung zur Änderung der Fahrzeug- und Besetzungsabweichungsverordnung Rettungsdienst – VO-Nr. 19/182 –
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0155
InnSichO |

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu Punkt 2 a) die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege vorliege. Darin empfiehlt dieser mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion die Annahme des Antrags – Drucksache 19/1490 –.

Herr Abg. Herrmann (CDU) und Herr Abg. Matz (SPD) begründen den Antrag zu Punkt 2 a) für die antragstellenden Koalitionsfraktionen.

Herr Abg. Franco (GRÜNE) begründet den Antrag zu Punkt 2 b) sowie den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 c) für die antragstellende Fraktion.

Frau Senatorin Spranger (InnSport), Herr Kleist, ständiger Vertreter des Landesbranddirektors und Herr Dr. Spielmann (Berliner Feuerwehr) nehmen einleitend Stellung.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Frau Senatorin Spranger (InnSport), Herr Kleist, ständiger Vertreter des Landesbranddirektors und Herr Dr. Spielmann (Berliner Feuerwehr) gemeinsam mit Herrn Zuch (SenInnSport) erneut Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 2 a):

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, die Annahme des Antrags – Drucksache 19/1490 –.

Ferner empfiehlt der Ausschuss einvernehmlich die dringliche Behandlung gemäß § 59 Abs. 3, S. 1 GO Abghs. Es ergeht eine entsprechende Dringliche Beschlussempfehlung an das Plenum.

Zu Punkt 2 b):

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke und der AfD-Fraktion, die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1018 –.

Auch zu diesem Antrag beschließt der Ausschuss einvernehmlich die dringliche Behandlung gemäß § 59 Abs. 3, S. 1 GO Abghs. Es ergeht eine entsprechende Dringliche Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Zu Punkt 2 c):

Die Besprechung wird abgeschlossen und die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Wie hoch ist das tatsächliche Ausfallrisiko des
Stromnetzes im Land Berlin und welche
Auswirkungen hätte ein flächendeckender und
länger andauernder Stromausfall (Blackout) auf die
öffentliche Sicherheit und Ordnung?**
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

[0058](#)
InnSichO

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 28.11.2022

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Punkt 3 der Tagesordnung in der 32. Sitzung am 18. März 2024 aus zeitlichen Gründen einvernehmlich vertagt worden sei.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass das Wortprotokoll der 14. Sitzung vom 28. November 2022 vorliege.

Die Begründung des Besprechungsbedarfs erfolgte bereits in der vorgenannten Sitzung am 28. November 2022. Herr Abg. Vallendar (AfD) begründet erneut den Besprechungsbedarf.

Frau Senatorin Spranger (InnSport) nimmt einleitend Stellung.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Frau Senatorin Spranger (InnSport) gemeinsam mit Herrn Redlich, ständiger Vertreter des Leiters des Landeskriminalamtes Berlin, erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, wird Punkt 3 abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0146](#)
Kontrolle des Waffenrechts InnSichO
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Punkt 4 der Tagesordnung wird aus zeitlichen Gründen einvernehmlich vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0149](#)
**Fahrdienstvermittlungs- und Mietwagengewerbe –
Aktuelle Situation und Ansätze zur Bekämpfung von
Missständen und potentiellen kriminellen
Strukturen** InnSichO
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0150](#)
**Wie wird der Senat die konsequente Kontrolle von
illegalen Mietwagenangeboten garantieren?** InnSichO
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Punkt 5 a) und b) der Tagesordnung wird aus zeitlichen Gründen einvernehmlich vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aufsicht und Controlling im LKA 6 –
Selbstbereicherung bei verdeckten Ermittlungen
unterbinden**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0153](#)
InnSichO

Punkt 6 der Tagesordnung wird aus zeitlichen Gründen einvernehmlich vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (34.) Sitzung findet am 29. April 2024 um 9.00 Uhr in Raum 311 statt.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Florian Dörstelmann

Scott Körber